

### ***Statt Gebietsreform: Bewährtes erhalten, Schwächen abbauen und Potentiale nutzen***

Brandenburgs Verwaltungsstruktur ist bürgernah und ehrenamtsfreundlich, dennoch sehen wir Chancen diese effizienter und effektiver zu gestalten.

Der Weg immer größere Gebietskörperschaften zu bilden, ist an seine Grenzen gestoßen.

Die CDU Brandenburg ist daher strikt gegen eine Vergrößerung von Landkreisen und Gemeinden und den Wegfall der Kreisfreien Städte durch die Anhebung der Mindesteinwohnerzahl.

Die Erfahrungen in anderen Bundesländern unterstreichen, dass die hohen Reformkosten und die flächenbedingt steigenden Kosten des laufenden Geschäftsbetriebs jegliche Reformrendite vertilgen können.

Anstatt das Land mit der Machete zu zerschlagen, kann die Verwaltungsstruktur dort, wo es nötig ist, mit chirurgischen Eingriffen modernisiert werden.

### ***Verwaltungsvollzug und gesetzgeberische Aufgaben trennen: Ministerien entlasten, Kommunen unterstützen***

In einem neuen Landesfachamt werden die Vollzugsaufgaben von Landesämtern und –betrieben zusammengeführt. Das spart Verwaltungskosten bei den zahlreichen, bislang nebeneinander bestehenden Einrichtungen und bringt mehr Flexibilität beim Personaleinsatz.

Ministerien können sich dadurch besser auf strategische Aufgaben, Aufsichtspflichten und politische und administrative Steuerung konzentrieren. Außerdem muss der Bürokratieabbau beginnend mit einer Aufgabenkritik engagiert umgesetzt werden.

### ***Kooperation statt Fusion: Kommunale Selbstverwaltung schützen und Synergieeffekte nutzen***

Landkreise und Kreisfreie Städte nehmen eigenverantwortliche Aufgaben im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung und daneben zahlreiche Aufgaben als allgemeine untere Landesbehörden wahr.

Die kommunale Selbstverwaltung soll als wichtiges demokratisches Fundament unangetastet bleiben.

Bei den Aufgaben der unteren Landesbehörden wollen wir durch kreisübergreifende Kooperationen Effektivitäts- und Effizienzgewinne erschließen. Hochqualifiziertes Personal kann besser ausgelastet werden.

Das Land soll durch Förderung freiwilliger Kooperationen zwischen Landkreisen und Kreisfreien Städten sowie ggf. verpflichtenden Kooperationen variabel und angemessenen auf den demographischen Wandel reagieren.

Das Land muss Kommunen besser helfen, Kooperationsfelder zu identifizieren und Zusammenarbeit freiwillig umzusetzen.

Das Land soll darüber hinaus bei Leistungsdefiziten die untere Landesverwaltung neu organisieren und einzelne Aufgaben nicht mehr allen Kreisen zuweisen.

Praktische Erfahrungen im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit belegen das hohe Einsparpotential bei gleichzeitig stabiler Aufgabenerfüllung.

### ***Gleichberechtigt nebeneinander: Einheitsgemeinde und Amtsgemeinde***

Das derzeitige Amtsmodell wird zur Amtsgemeinde weiterentwickelt und durch direkte Wahlen von Amtsgemeindeversammlung und Amtsgemeindebürgermeister stärker demokratisch legitimiert.

Die Mindesteinwohnerzahl von 5000 hat sich auf Gemeindeebene bewährt und soll erhalten bleiben. Solange diese Mindesteinwohnerzahl erreicht wird, lassen sich keine Effizienzdefizite feststellen.

### ***Hohe Reformkosten verhindern: Kommunen mit intelligenter und ausgewogener Finanzhilfe stärken***

Da nach dem vorgeschlagenen Modell der CDU Brandenburg Gebietsveränderungen und Verluste des Kreissitzes entfallen, lassen sich im Vergleich zum Modell von SPD und Linke, Strukturanpassungskosten im dreistelligen Millionenbereich einsparen.

Durch eine Fortentwicklung des vertikalen und des horizontalen Finanzausgleiches können finanzstarke Kommunen ihre erfolgreiche Entwicklung fortsetzen und finanzschwache Kommunen gleichzeitig langfristig gesichert werden. Eingesparte Reformkosten können als Hilfe beim Abbau struktureller Haushaltsdefizite genutzt werden.

Dabei sollen insbesondere Mittelzentren gestärkt werden und ein Bonus für berlinferne Regionen gewährt werden.

### ***Fazit***

Die Alternativvorschläge der CDU Brandenburg erhalten regionale Identitäten, sichern eine bürgernahe Verwaltung und schützen ehrenamtliches Engagement und Einflussmöglichkeiten der Bürger auf kommunale Entscheidungen.

Damit einhergehend lassen sich hohe Reformkosten einsparen und dadurch die Finanzkraft der Kommunen langfristig stärken.